

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

100 Tage Trump-Administration – Wirtschaft wartet auf Klarheit

100 Tage nach Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump gibt es noch viele Fragezeichen zu seinem konkreten wirtschaftspolitischen Kurs. Zwar hat er eine Rekordzahl an Dekreten erlassen, doch viele davon ordnen lediglich Bestandsaufnahmen an. Auf ihrer Basis sollen später Gesetzesinitiativen und Maßnahmen folgen. Fest steht jedoch eins: „America first“ ist Dominante; oberstes Ziel ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in den USA. Die Gefahr, dass dies letztlich mit stärkerem Isolationismus bei Deutschlands wichtigstem Exportmarkt einhergeht, beunruhigt die deutsche Wirtschaft. Ein intensiverer transatlantischer Dialog auf politischer sowie wirtschaftlicher Ebene erscheint daher notwendiger denn je, denn für beide Seiten steht viel auf dem Spiel. Folgendes sollte dabei im Mittelpunkt stehen:

Globale Wertschöpfungsketten, Regeln und Institutionen stärken

■ Werden bei Neuverhandlungen von NAFTA nicht nur neue Regeln etwa zum digitalen Handel ergänzt, sondern auch bestehende Bestimmungen wie z. B. Ursprungsregeln neu definiert, kann dies Wertschöpfungsketten und damit Geschäftsmodelle gefährden. Denn diese Regeln haben Einfluss darauf, wann Handelserleichterungen für Produkte nutzbar sind. Der angekündigte Kurs, nur bilateral statt pluri- und multilateral zu verhandeln, trüge dazu bei, ein Wirrwarr an Handelsregeln zu schaffen, das insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen schwer zu durchschauen ist. Einheitliche globale oder regionale Regeln sind für alle Unternehmen einfacher zu bewältigen. Bei der Durchsetzung von US-Rechten aus Handelsabkommen, aber auch bei anderen US-Politikinitiativen wie z. B. der angestrebten Steuerreform müssen die Regeln der WTO eingehalten werden. In den jüngsten Steuerreformplänen findet sich der umstrittene Vorschlag für ein sogenanntes „border adjustment“, das wie eine Strafsteuer für Importe wirken würde, zunächst nicht. Das ist auch gut so, denn eine selektive Benachteiligung ausländischer Unternehmen widerspräche den Grundsätzen des internationalen Steuerrechts. Fiele eine große Volkswirtschaft wie die USA zudem als Triebkraft von Freihandel aus oder sagte sie sich gar von den Regeln der WTO los, hätte dies eine äußerst negative Signalwirkung für das gesamte Welthandelssystem. Bei einem Handelskrieg würden alle zu Verlierern.

Mobilität von Fachkräften sichern

■ Für Arbeitnehmer deutscher Unternehmen ist es schon seit Jahren sehr aufwändig, in die USA einzureisen. Dies gilt insbesondere im Vergleich zu anderen wichtigen Handelspartnern. Würden die Fachkräftevisa und andere Visaverfahren weiter begrenzt, wären deutsche Unternehmen unmittelbar betroffen – nicht nur die in den USA niedergelassenen, sondern auch deutsche Exporteure, die Mitarbeiter zu Instandhaltungs- und Verkaufsmaßnahmen in die USA entsenden. Auch im Bereich Forschung und Entwicklung ist der transatlantische Austausch ein wichtiger Faktor für die Sicherung von Innovation und Fortschritt. Hier gilt es, weiterhin einen möglichst reibungslosen Austausch zu gewährleisten.

Duale Ausbildung aufbauen

■ Der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften ist für deutsche Unternehmen in den USA ein Hauptproblem. Dadurch verlieren sie Wachstumspotenzial. Immer mehr deutsche, aber auch amerikanische und internationale Unternehmen schaffen daher zusammen mit den Deutschen Auslandshandelskammern in den USA duale Ausbildungsgänge nach deutschem Vorbild. Auch die US-Administration möchte Ausbildung fördern. Wichtig dabei ist, auf vergleichbare, industriebasierte Inhalte und Abschlüsse hinzuwirken, die den Auszubildenden umfassende praktische und theoretische Kenntnisse vermitteln.